

L2NEU Für echte Freiheit im Freistaat – Grundrechte schützen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 7 Leitantrag "Für echte Freiheit im Freistaat - Grundrechte schützen!"

1 Für echte Freiheit im Freistaat – Grundrechte schützen!

2 Wir erleben eine Zeit, in der die mit Abstand heftigsten Angriffe auf unsere
3 Grundrechte vom Staat selbst kommen. Die Überwachung aller Menschen wird
4 systematisch ausgeweitet, Asylbewerber*innen in ihren Rechten wo es nur geht
5 beschränkt, der Sozialstaat abgebaut. Dazu gehören enorme Eingriffe in das
6 Versammlungsrecht, das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das Asylrecht, das Recht
7 auf informationelle Selbstbestimmung und weitere. Reihenweise werden Gesetze
8 geschaffen, die Freiheit zugunsten vermeintlicher Sicherheit einschränken.

9 Doch Sicherheit ist ohne Freiheit nichts wert - zudem es doch meist eine
10 vermeintliche Sicherheit ist. Das Risiko besteht, dass Fußfesseln kaum etwas
11 bringen und die massenhafte Überwachung die Qualität der gewonnenen Daten so
12 mindert, dass Straftaten sogar schwieriger bekämpft werden können. Die heftigen
13 Sicherheitsgesetze sind damit mehr Symbolpolitik zulasten der Grundrechte, als
14 sinnvolle sicherheitspolitische Maßnahmen. Diese Entwicklungen beschränken sich
15 nicht allein auf Sachsen oder Deutschland, sondern ordnen sich ein in einen
16 Trend autoritärer Politik in Europa und der Welt.

17 Dem stellen wir uns entgegen. Wir verteidigen als Demokrat*innen die Grundrechte
18 und setzen uns für die Freiheit aller ein. Geht es um Grundrechte, können wir
19 unangenehm werden. Wir generieren Aufmerksamkeit für Grundrechtseinschränkungen,
20 beteiligen uns an vielfältigen Protestformen, Aktionen und wenn nötig Klagen, um
21 unsere Grundrechte zu schützen.

22 Gegen die Politik der Angst

23 Die Grundrechte des Grundgesetzes garantieren uns Freiheit und dienen als
24 Abwehrrechte gegen den Staat. Alle Menschen sollen dazu ermutigt sein, diese
25 Rechte selbstbewusst einzufordern und die ihnen verbrieften Rechte wahrzunehmen.
26 Die mit dem allgemeinen Rechtsruck einhergehende Politik der Angst und
27 Einschüchterung trägt dazu aber nicht bei. Wir kämpfen für eine Politik und ein
28 gesellschaftliches Klima, die Grundrechte selbstbewusst fördern und sie nicht
29 aus Angst vor schlechten Wahlergebnissen, Rechten oder einer abstrakten
30 Terrorismusgefahr leichtfertig opfern.

31 Der von Rechtsradikalen teils systematisch geschürten Angst muss im
32 gesellschaftlichen Diskurs begegnet werden. Dazu gehört es unserer Ansicht nach,
33 diese Strategie aufzudecken, faktenbasiert zu argumentieren, aber auch normativ
34 für eine weite Auslegung der bürgerlichen Freiheit zu streiten. Dazu gehört es
35 nicht, das Strafgesetzbuch willkürlich zu erweitern und unverhältnismäßige
36 Gesetzesverschärfungen als probates politisches Mittel anzuwenden.

37 In diese Politik der Angst und Freiheitseinschränkungen reiht sich auch die
38 geplante Novelle des sächsischen Polizeigesetzes ein. Dieses sieht weitreichende
39 Überwachungsbefugnisse und eine Vorverlagerung der polizeilichen
40 Eingriffsmöglichkeiten weit vor Begehung einer Straftat vor. Wir kämpfen gegen
41 das die Grundrechte gefährdende neue Polizeigesetz. Dabei ist für uns klar, dass

42 wir weder mit reinen Schönheitskorrekturen des Referentenentwurfs, noch mit dem
43 aktuellen status quo des bisherigen Polizeigesetzes in Sachsen zufrieden sein
44 können. Wir wollen eine grundsätzliche Abkehr vom in diesen Gesetzen deutlich
45 werdenden Überwachungsdrang und die weitreichende Garantie der grundgesetzlichen
46 Freiheit.

47 Wir sind grundsätzlich unverdächtig - Stoppt die Überwachung

48 Immer weitreichendere Überwachungsgesetze werden im Bund, aber auch im Land
49 Sachsen geschrieben. Beim Ausbau der Überwachungsmöglichkeiten gerät dabei jeder
50 ins Visier: überwacht werden alle Bürger*innen gleichermaßen. Zur Überwachung
51 gehören unter anderem: immer mehr Kameras im öffentlichen Raum, intelligente
52 Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, Telekommunikationsüberwachung, die
53 Ausrufung von Gefahrengebieten, Vorratsdatenspeicherung und weitere eingreifende
54 Maßnahmen.

55 Das zeigt ein tiefes Misstrauen des Staates in seine Bürger*innen. Dabei müssen
56 wir uns nicht dafür rechtfertigen, dass wir Privatsphäre erhalten wollen - der
57 Staat muss es, wenn er sie uns nehmen will. Auch das gehört zur Wahrnehmung der
58 Grundrechte. Wir sind grundsätzlich unverdächtig!

59 In der geplanten Novelle des sächsischen Polizeigesetz sind die (präventive)
60 Überwachung der Telekommunikation, die Erhebung von Verkehrs- und Nutzungsdaten,
61 die Identifizierung und Lokalisierung von Handys, Unterbrechung/Verhinderung der
62 Telekommunikation und die Erhebung von Bestandsdaten vorgesehen. Diese
63 ermöglichen eine Ausspähung in weitreichendem Maße. Wir stellen uns gegen
64 derartige Überwachungsbefugnisse für staatliche Behörden fordern den Schutz der
65 Privatsphäre.

66 Zudem lehnen wir die wuchernde Überwachung des öffentlichen Raums strikt ab.
67 Menschen verhalten sich anders, wenn eine Kamera auf sie gerichtet ist - und
68 wenn diese dann mit Hilfe intelligenter Technik und Gesichtserkennung in die
69 Lage versetzt wird, ein ganzes Bewegungsprofil zu erstellen, hat das immense
70 Auswirkungen auf unser Verhalten. Dabei soll der öffentliche Raum allen Menschen
71 gemeinsam gehören - ohne, dass diese sich dort permanent beobachtet, analysiert
72 und überwacht fühlen müssen.

73 Für eine transparente Polizei

74 Die sächsische Polizei hat häufig keinen guten Ruf. Immer wieder vorkommende
75 Fälle von Polizeigewalt, Racial Profiling, Verbindungen von Polizist*innen zu
76 Rechtsradikalen und mangelnde Transparenz führen dazu, dass viele Menschen die
77 Zuversicht in die Polizei in Sachsen nicht aufbauen oder verlieren. Das muss
78 sich ändern!

79 Fehlverhalten muss konsequent aufgeklärt werden. Um echtes Vertrauen in die
80 Polizei zu ermöglichen, sind eine anonymisierte Polizeikennzeichnung und eine
81 unabhängige Beschwerdestelle dringend nötig. Sie sind ein wichtiger Schritt
82 dafür, dass Polizeigewalt und Machtmissbrauch durch Polizeibeamt*innen
83 konsequent aufgeklärt werden können. Beide Mittel schaffen mehr Transparenz und
84 ein höheres Vertrauen in die sächsische Polizei.

85 Wir wenden uns gegen das neue Polizeigesetz!

86 Dafür wollen wir künftig in Bündnissen, die Widerstand gegen das
87 Polizeiaufgabengesetz formieren, mitarbeiten, und den Protest auf die Straße
88 tragen.

89 Wir sprechen uns deutlich gegen den Trend zur Militarisierung der Polizei aus.
90 Wenn das SEK auf einer Demo steht (wie in Wurzen im September 2017), die Polizei
91 zukünftig Handgranaten erhalten soll oder der Polizeipanzer mit einem
92 Maschinengewehrturm ausgerüstet werden soll, sind das enorme
93 Einschüchterungsfaktoren. Es kann nicht sein, dass Menschen sich nicht zu einer
94 Demo trauen, weil sie bereits durch das militarisierte Auftreten der Polizei
95 eingeschüchtert sind. Darum muss diese militarisierende Entwicklung JETZT
96 gestoppt werden.

97 Refugees Welcome - für ein echtes Grundrecht auf Asyl und menschenwürdigen
98 Umgang mit Geflüchteten

99 Auch das Asylrecht ist ein Recht, das wie alle anderen Grundrechte verteidigt
100 gehört. Dabei nehmen wir es nicht hin, dass das Recht auf Asyl seit Beginn der
101 1990er Jahre immer weiter ausgehöhlt wurde. Wir sind für eine
102 Grundgesetzänderung, die die Einschränkungen des Asylrechts zurücknimmt.
103 Menschen, die gezwungen sind zu fliehen, benötigen Schutz. Dazu braucht es auch
104 ein klares Bekenntnis im Asylrecht und keine Relativierungen.

105 Zudem positionieren wir uns klar gegen so genannte Ankerzentren in Sachsen. Dort
106 sollen Asylsuchende ab ihrer Ankunft bis zu einer Entscheidung (und damit unter
107 Umständen bis zu ihrer Abschiebung) untergebracht werden. In diesen
108 Massenunterkünften gibt es häufig fast keine Privatsphäre, die Lärmbelastung
109 ist hoch, und das enge Zusammenleben auf engem Raum fördert Konflikte. Das ist
110 gerade für Menschen, die häufig traumatische Erlebnisse hinter sich haben, kaum
111 zumutbar. Auch Kinder leiden enorm unter diesen Umständen. Außerdem ist der
112 Zugang für NGOs in Ankerzentren nicht gewährleistet. Beratung über Asylanträge
113 oder Beschwerden bei unmöglichen Bedingungen werden somit um ein Vielfaches
114 schwerer. Deswegen fordern wir eine baldige Unterbringung von Asylsuchenden in
115 Wohnungen, statt Ankerzentren.

116 Genausowenig wie Ankerzentren sind Abschiebegefängnisse akzeptabel. Es kann
117 nicht sein, dass Menschen in Haft fest gehalten werden, ohne je eine Straftat
118 begangen zu haben. Das ist weder mit den Grundrechten, noch mit unserem
119 Rechtsstaatsverständnis vereinbar. Wir fordern die Schließung sämtlicher
120 Abschiebehaftanstalten.

121 Wir positionieren uns deutlich gegen Maßnahmen, die die Selbstbestimmung von
122 Geflüchteten unverhältnismäßig einschränken, wie etwa die reine Verteilung von
123 Sachleistungen. Diese Maßnahmen zielen allein darauf, Asyl in Deutschland
124 möglichst unattraktiv zu machen, und so Schutzsuchende abzuschrecken. Eine
125 dermaßen zynische Praxis muss konsequent abgelehnt werden.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Quellen zum Antrag:

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1062513.sek-einsatz-bei-antifa-demo-in-wurzen.html>

<https://www.polizei.sachsen.de/de/dokumente/Landesportal/ReferentenentwurfXArtik--elgesetzXNovelle.pdf>